

- Es gilt das gesprochene Wort -

Peter Friedl, DFG-VK Darmstadt

1.9.2021 Antikriegstag in Darmstadt

Abrüsten statt aufrüsten - Zum „Zwei-Prozent-Ziel“ der NATO

Heute vor 82 Jahren begann mit dem Überfall deutscher Truppen auf Polen ein Eroberungs- und Vernichtungskrieg, der mit 42 Millionen toten Zivilisten, mit 25 Millionen toten Soldaten und der Zerstörung ganzer Länder und Landstriche wie zum Beispiel in Griechenland, Polen und der Sowjetunion endete.

Auch in Deutschland lagen alle deutschen Großstädte und viele Mittel- und Kleinstädte in Trümmern. Fast 200.000 Menschen fielen den Luftangriffen zum Opfer.

Die Stadt Darmstadt wurde zu 52%, die Kernstadt fast vollständig zerstört. In der sogenannten Brandnacht vom 11. auf 12. September fanden etwa 12.000 Menschen den Tod.

Dennoch fiel den Politikern der Bundesrepublik Deutschland nichts anderes ein, als bereits 1950 als streng „Geheime Bundessache“ die Aufstellung einer neuen Wehrmacht von 500.000 Soldaten zu planen. Verständlicherweise hatte die überwiegende Mehrheit der Deutschen die Nase voll von Krieg und Soldatentum und lehnte eine Remilitarisierung entschieden ab.

Doch die Restaurativen Kräfte - in den Schaltstellen hatten die Entscheidungsträger mit Nazi-Vergangenheit wieder das Sagen - diffamierten die Gegner der Aufrüstung als sogenannte „Fünfte Kolonne“, d. h. als Helfer Moskaus.

Noch bevor die ersten 101 freiwilligen Soldaten am 12. November 1955 ihre Ernennungsurkunden zum freiwilligen Dienst in der neuen Wehrmacht erhalten hatten, war die BRD am 9. Mai 1955 als 15. Mitgliedsstaat der 1949 gegründeten NATO beigetreten. Viele der Soldaten aber vor allem die Offiziere und Generale hatten bereits am Eroberungs- und Vernichtungskrieg der Nazis teilgenommen. Die bis 1957 ernannten 44 Generäle und Admirale kamen alle aus Hitlers Wehrmacht, etwa 300 stammten aus dem Führerkorps der SS.

Deutschland war also Mitglied der NATO, der „erfolgreichsten Friedensbewegung der Welt“ - so 2009 der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen und Frau Kramp-Karrenbauer wiederholte neulich „Die NATO schafft Frieden – und Freiraum“.

Diese „Friedensbewegung“ zeichnete sich durch das Führen von Angriffskriegen aus: Ich erinnere an die Angriffskriege - mit oder ohne UN-Mandat:

1986 gegen Libyen

1991 gegen Kroatien und Slowenien

1999 gegen Serbien (erstmals seit dem Ende des 2. Weltkrieges wieder mit deutscher Beteiligung).

2001 gegen Afghanistan BK Schröder am 12.9.2001 „Meine Damen und Herren, ich habe dem amerikanischen Präsidenten das tief empfundene Beileid des gesamten deutschen Volkes ausgesprochen. Ich habe ihm auch die uneingeschränkte, ich betone die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert“.

2003 gegen Irak

2011 gegen Libyen

2011 gegen Syrien

2015 gegen den Jemen

2015 gegen Syrien

Die Nato, die erfolgreichste Friedensbewegung der Welt?

Als Mitglied der NATO leistete Deutschland 2017 nach den USA den zweitgrößten Anteil an der NATO-Finanzierung zur Kriegsführung in aller Welt. **Aber für ihre Kriege braucht die NATO mehr Geld!** Daher wird seit einigen Jahren von einem „2%-Ziel“ gesprochen. Was hat es damit auf sich? Das 2%Ziel wurde auf dem NATO-Gipfel 2002 in Prag beschlossen - damals war Peter Struck (SPD) Kriegsminister. Wiederholt wurde es 2014 in Wales- in Anwesenheit von Außenminister Steinmeier und Kriegsministerin von der Leyen. Die Staaten verpflichteten sich, den Kriegsetat innerhalb von 10 Jahren auf den Richtwert von 2 % zu orientieren. Seitdem wird von Politikern wiederholt betont, sich an diese Vereinbarung halten wollen. So Steinmeier im Bundestag am 22. Juni 2016: „Wir haben die Wales-Beschlüsse mit vorbereitet und getragen, wir haben Verantwortung in der Umsetzung der Beschlüsse übernommen und tragen sie jetzt bei der Vorbereitung des Gipfels in Warschau“ mit. Auch als Bundespräsident forderte Steinmeier 2017 mehr Geld für die Bundeswehr und sagte: „Deutschland muss seine militärischen Fähigkeiten stärken“.

Gegenwärtig beträgt der deutsche Wehr- oder besser Kriegsetat über 50 Milliarden Euro, bei Erreichen des 2%-Zieles würde er bei über 70 Milliarden Euro liegen.

Drei Wochen vor der Bundestagswahl interessiert uns natürlich, wie die Parteien zur Erhöhung des Kriegsetats stehen:

Die **CDU** steht zu den Zusagen. Laschet: Wir werden das Versprechen einlösen!

Die **FDP** bekennt sich uneingeschränkt zur „erfolgreichen“ NATO und trägt die Beschlüsse mit.

Die **Grünen** eiern herum, reden von neuer Ausrichtung, fairer Lastenverteilung, strategischen Interessen, europäischen Werten. Das nicht auf Fähigkeiten und Befähigung ausgerichtete NATO-2%-Ziel gebe darauf keine Antwort und werde abgelehnt. Sie setzen sich für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt, national und statisch ist, sondern von den gemeinsamen Aufgaben ausgeht. Das ist aus unserer Sicht ein Ja zur Erhöhung. **Noch 2017 erklärten die Grünen: 0.7% für globale Entwicklung statt zwei Prozent für Aufrüstung. Das Grüne Motto lautet ja: „Alles ist drin!“! Da können wir uns auf einiges gefasst machen!**

Die **SPD** bezeichnet sich als die Friedenspartei Deutschlands und eiert ebenfalls herum. Sie will eine gut ausgestattete und moderne Bundeswehr und zuverlässiger Partner der NATO sein. Sie habe daher nach vielen Jahren immer neuer Sparrunden die Investitionen im Verteidigungshaushalt erhöht. Der Spiegel berichtete 2017 noch,

dass die SPD-Führung den Streit um höhere Militärausgaben zu einem großen Wahlkampfthema hochziehen wolle und Fraktionschef Mützenich forderte im April 2021 eine Abkehr vom 2%-Ziel der Nato. Auch Finanzminister Olaf Scholz dämpfte die Erwartungen, dass Deutschland in absehbarer Zeit das 2 %-Ziel erreichen werde. Nur Heiko Maas will am 2%-Ziel festhalten. Entgegen aller Wahlkampf-Rhetorik wurde der Kriegsetat von einem SPD Finanzminister und Kanzlerkandidaten in Richtung der 2 % erhöht.

Die **Linke** lehnt das 2%-Ziel ab.

Also wird kräftig erhöht und für künftige Kriege geplant: Beispiele:

Im Juni hat die Regierung den Etat 2022 mit Kriegsausgaben von 50,3 Milliarden € beschlossen. Das sind rund 3,4 Milliarden € mehr. Merke: Der Kriegshaushalt ist der „Haushalt für das Leben in Frieden und Freiheit“, so Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer.

Damit können wichtige Rüstungsprojekte realisiert werden wie zum Beispiel:

für Nachrüstung des Schützenpanzers PUMA und weitere Ausrüstungen: **1,9 Milliarden €**

für Beschaffung von 5 Flugzeugen des Typs P-8A Poseidon: **1,43 Milliarden €**

für Konstruktion und Bau von u. a. drei Flottendienstbooten: **knapp 2,1 Milliarden €**

für Herstellung und Lieferung von zwei U-Booten: **2,79 Milliarden €**

für das Luftkampfsystem Future Combat Air System (FCAS): **4,5 Milliarden €** (Dies ist ein Projekt für den Einstieg in die autonome Kriegsführung)

Hinzu kommen:

Milliarden für Auslandseinsätze. Allein hierfür wurden von 1990 - 2017 mindestens fast 20 Milliarden € ausgegeben, wobei sogar für sieben Auslandseinsätze die Kosten nicht mehr ermittelbar seien.

Kosten für die Soldaten. Die rund 182 Tausend Soldaten sollen bis 2025 auf 200 000 anwachsen.

Kosten für Nachwuchswerbung, auch von Minderjährigen, mindestens 35 Mio. €.

Die Verteidigung der Freiheit Deutschlands am Hindukusch geschieht künftig auch im **Weltraum**. Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer hat das "Weltraumkommando" der Bundeswehr im Juli diesen Jahres „**scharf geschaltet**“.

Anfang August diesen Jahres schickte die Kriegsministerin ein **Kriegsschiff** in den Indo-Pazifischen Raum. "Wir wollen die internationale Ordnung mitgestalten. Unsere Partner vor Ort wünschen sich Unterstützung dabei, den Indo-Pazifik als Raum der Sicherheit, Stabilität und Freiheit zu erhalten. Als große Handelsmacht und Exportnation haben wir ein zentrales Interesse an sicheren und freien

Handelswegen“. Aha! Deutschland will also wieder Seewege für die deutsche Wirtschaft sichern! Das hatten wir doch schon mal, als ein Bundespräsident im Jahr 2010 formulierte: „Meine Einschätzung ist aber, dass ... dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege ... **Köhler trat zurück!!**

Was lehrt uns das alles?

Deutschlands Armee ist schon lange keine Verteidigungsarmee mehr, sondern ist auf Aggression und Angriff ausgerichtet. Dafür muss der Kriegsetat erhöht werden!

Den Politikern rufen wir zu: Wir zahlen nicht für eure Kriege!

Statt 50 Milliarden Euro für Kriege und Kriegsvorbereitung auszugeben, fordern wir: endlich abzurüsten statt permanent aufzurüsten!

Statt 900 Millionen für Kampfdrohnen auszugeben fordern wir:

- Mehr Kita-Plätze , - Mehr Personal für die Kitas und - endlich bessere Bezahlung für die dort Tätigen

Die Pandemie hat gezeigt:

- das Krankenversorgungssystem schreit nach einer Neuausrichtung am Wohl und der Gesundheit der Patienten!

- die skandalösen Zustände in unseren Schulen müssen ein Ende haben!

- der öffentliche Nahverkehr benötigt massive Investitionen!

Die verheerenden Zerstörungen der jüngsten Flutkatastrophe in Deutschland ist das Ergebnis der Ideologie eines grenzenlosen Wachstums und der Missachtung der Warnung von Wissenschaftlern, die seit mindestens 50 Jahren vor den Konsequenzen eines unbegrenzten Wachstums und des Ausbeutens der Natur gewarnt haben. Diese Wirtschaftsordnung hat ausgedient!

Das Ende des Kriegseinsatzes in Afghanistan hat wiederholt gezeigt: Mit Kriegseinsätzen lässt sich kein Frieden schaffen! Vor elf Jahren stellte Bischöfin Käßmann fest: Nichts ist gut in Afghanistan. Sie wurde dafür scharf kritisiert. Der Krieg dauerte 20 Jahre, kostete bis zu 200.000 tote Zivilisten, 59 tote Bundeswehrsoldaten und uns mindestens über 12 Milliarden €. Aber Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer stellte unbeirrt fest: „Die Bundeswehr hat sich im Kampf bewährt“. Und der furiose Außenminister Maas stellte noch im März 2021 fest: „Von Afghanistan darf nie wieder eine Bedrohung für unsere Sicherheit ausgehen“. Und Flüchtlinge wurden mit Zustimmung der Grünen bis Anfang August 2021 abgeschoben, unterstützt von christlichen Politikern Laschet und Seehofer.

Die Konsequenz kann nur heißen: Wir brauchen kein Kriegsbündnis NATO! Frieden und Demokratie wird nicht mit Kriegseinsätzen, sondern nur mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung erreicht!